

Zur Entwicklung in Nicaragua

Revolutionäre Umgestaltung und Politik der Nationalen Einheit

Von Roger Peltzer und Josef Buddenkotte

Die Wirtschaftswissenschaftler Roger Peltzer und Josef Buddenkotte, seit Jahren engagierte Beobachter der politischen Entwicklung im Mittelamerika und der Karibik, hielten sich 1980/81 für mehrere Monate in Nicaragua auf, über dessen innere Entwicklung sie für die „Blätter“ den nachfolgenden Beitrag verfaßten. D. Red.

1. Herausbildung des neuen Nicaragua

Mit dem Sturz Somozas am 19. Juli 1979 ist es nach der kubanischen Revolution von 1959 erstmals wieder einem Volk auf dem amerikanischen Kontinent gelungen, die grundlegenden Voraussetzungen für seine endgültige politische, ökonomische und kulturelle Befreiung zu schaffen.

Entscheidende Voraussetzung für den Sieg der nicaraguanischen Revolution war die Bündnispolitik der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) auf nationaler und internationaler Ebene. Die FSLN konzentrierte sich bewußt auf den Kampf gegen Somoza als den Repräsentanten einer durch die USA eingesetzten Diktatur, die zur wichtigsten regionalen Stütze nordamerikanischer Interessen geworden war. Sie stellte sich dabei in die Tradition des Volksbefreiungsheeres unter General Sandino, das Ende der 20er Jahre einen mehrjährigen Guerillakrieg gegen die in Nicaragua stationierten US-Marineinfanteristen geführt hatte, der mit dem Abzug dieser Soldaten und der Einsetzung des alten Somoza als Kommandanten der Nationalgarde endete¹⁾. Diese strategische Orientierung ermöglichte der FSLN das Bündnis mit den Teilen der nicaraguanischen Bourgeoisie, die nicht direkt mit dem Somoza-Clan verbunden waren, vielmehr durch dessen Willkürherrschaft erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen hatten²⁾. Sie gab dem Befreiungskampf des nicaraguanischen Volkes darüber hinaus, neben der sozialen und antidiktatorischen, die Dimension eines Kampfes um die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität. Die völlige Isolierung der Somoza-Diktatur auf der nationalen Ebene verschaffte der nicaraguanischen Revolution auch international Ebene Sympa-

1) Vgl. die Rede des Kommandanten Marcos Somarriba, Vertreter der FSLN auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen“, Berlin 1980, S. 5, sowie zum Befreiungskampf des General Sandino: Harald Jung, Nicaragua. Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand, Frankfurt/M. 1980.

2) Vgl. Demetrio Polo Cheva/Erich Süßdorf, Nicaragua. Die historischen Bedingungen einer demokratischen Revolution in Lateinamerika. Analysen und Berichte, hrsg. v. Veronika Bennholdt-Thomsen u. a., Berlin 1980, S. 27.

thien und oft direkte Unterstützung von der Sozialistischen Internationale über die demokratischen Länder Lateinamerikas und die sozialistischen Länder bis hin zur internationalen Christdemokratie. Die antiimperialistische Stoßrichtung gegen die kontinentale Hegemonialmacht USA sicherte der nicaraguanischen Revolution darüber hinaus zumindest die passive Neutralität solcher Länder wie z. B. Argentinien, so daß den USA – zumal vor dem Hintergrund der Menschenrechtspolitik Carters – schließlich eine Unterstützung des Somoza-Regimes nicht mehr möglich war³⁾.

Die nach dem 19. Juli 1979 eingeschlagene Politik der FSLN ist in der Kontinuität der im Befreiungskampf herausgebildeten Allianzen zu sehen. So nimmt die FSLN als diejenige politische Kraft, die dem nicaraguanischen Volk den Weg zum Sturz Somozas gewiesen hat und die strategisch darauf orientiert, „durch einen entscheidenden Schritt zu einer neuen Gesellschaft die Ausbeutung und die ökonomische Abhängigkeit völlig zu beseitigen“⁴⁾, zwar die führende Stellung in Staat und Gesellschaft ein, aber den bürgerlichen Kräften verbleibt ein erheblicher politischer und vor allem ökonomischer Spielraum. Die FSLN kontrolliert die bewaffneten Organe, das Heer, die Polizei, die Volksmilizen und den Sicherheitsdienst. Sie verfügt außerdem mit den ihr angeschlossenen Massenorganisationen (Industrie- und Landarbeitergewerkschaft, Jugendverband, Frauenorganisation, Sandinistische Verteidigungskomitees) über einen majoritären Einfluß in der Revolutionsjunta und im Staatsrat. Beide Institutionen zusammengenommen bilden die Legislative im neuen Nicaragua. Die Regierungsjunta besteht nach der letzten Umbildung heute aus 3 Mitgliedern, den beiden Sandinisten Daniel Ortega und Sergio Ramirez, sowie Cordova Rivas, Mitglied der Konservativen Partei⁵⁾.

Im Staatsrat, der 47 Sitze umfaßt, sind alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte Nicaraguas vertreten⁶⁾. Das bürgerliche Lager, das sich politisch vor allem in der Konservativen Partei, der National-Demokratischen Bewegung (MDN) und der Christlich-Sozialen Partei organisiert, verfügt über eine weitgehende Bewegungsfreiheit und mit der Tageszeitung „La Prensa“ und mehreren Radiostationen vor allem im Medienbereich über einen beachtlichen Einfluß. Auch wenn sich vor allem die Mehrheit der genannten Parteien mittlerweile aus der Revolutionsjunta, der Regierung und dem Staatsrat zurückgezogen hat, tragen nach wie vor zahlreiche Repräsentanten des Bürgertums Verantwortung in Regierung und Staatsapparat. Bedeutender ist die Stellung des Privatsektors im ökonomischen Bereich.

Zwar wurden direkt nach der Revolution alle Besitztümer Somozas und seiner Günstlinge, alle Bodenschätze, Wald- und Wasserressourcen, sowie das ge-

3) Julio Godio, *America Latina. Experiencia Sandinista y Revolucion Continental*, in: „Nueva Sociedad“, Nr. 45, Nov./Dic. 1979, S. 129. Argentinien, ansonsten kontinental mit die wichtigste Stütze für reaktionäre Regime wie Bolivien, Guatemala, El Salvador, unterstützt das revolutionäre Nicaragua noch heute mit Weizenlieferungen zu extrem günstigen Preisen.

4) Thomas Borge, *Ha llegado la hora de organizar el Partido de la Revolucion*, in: „Barricada“ v. 16.9. 1980.

5) Vgl. „Nicaragua-Nachrichten“ (Wuppertal), Nr. 3/1981.

6) Dekret über die Zusammensetzung des Staatsrates, Radio Sandino v. 21. 4. 1980.

samte Bank- und Finanzwesen nationalisiert, der Anteil des Privateigentums an der Produktion des Bruttoinlandsproduktes ist jedoch nach wie vor hoch⁷⁾.

	öffentlicher Sektor in %	Privatsektor in %
Agrarwirtschaft	20	80
Industrie	25	75
Bauwesen	70	30
Bergbau	95	5
Dienstleistungen	55	45
Bruttoinlandsprodukt	41	59

Der 20%ige Anteil des öffentlichen Sektors in der Landwirtschaft bezieht sich auf Staatsgüter. Ein Teil des enteigneten Landes wurde an Bauern verteilt, die ihre Produktion genossenschaftlich organisieren. Dieser Teil umfaßt ca. 10% der landwirtschaftlichen Betriebsfläche⁸⁾.

Zur Durchsetzung der nationalen Entwicklungsprioritäten, auch bei Existenz eines starken Privatsektors, verfügt der revolutionäre Staat über die folgenden Instrumente:

- Die bewußte Steuerung der Aktivitäten des volkseigenen Sektors, z. B. in den Bereichen Investitions- und Beschäftigungspolitik.
- Die Kontrolle des gesamten Außenhandels über das Außenhandelsmonopol des Staates und die Devisenbewirtschaftung.
- Die Kontrolle der gesamten Kreditvergabe über das nationalisierte Bankwesen.
- Die Kontrolle von Preisen und Löhnen über staatliche Dekrete.
- Die traditionellen Instrumente der Haushaltspolitik auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, Variation der Steuersätze, Subventionsgewährung usw.
- Der Ausbau der Volkskontrolle im privaten und staatlichen Bereich über die sandinistischen Massenorganisationen als Unterstützung der staatlichen Autorität⁹⁾.

Die FSLN bemüht sich auf der Basis dieser gemischten Wirtschaft und der Anerkennung des politischen Pluralismus, alle sozialen Schichten der nicaraguanischen Gesellschaft im Bemühen um eine *Reaktivierung der Wirtschaft*, die *Stärkung der nationalen Unabhängigkeit*, und eine *Umverteilung zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten* zu einer Nationalen Einheitsfront zusammenzufassen¹⁰⁾.

7) Vgl. Donald Castillo, Situación y perspectivas de la economía nicaraguense, in: „Patria“ (Honduras), Nr. 18 v. 19. 7. 1980, S. 4.

8) Vgl. Jürgen Queitsch, Zur Agrarreform im Prozeß der revolutionären Umgestaltung in Nicaragua, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika“ (Berlin), 1/1981, S. 135 ff.

9) Vgl. Nina Boschmann/Klaus Weiss, Es ist stillgeworden um Nicaragua, in: „Blätter des iz3W“, Nr. 85, Mai 1980, S. 51 ff.

10) Programa Economico de Austeridad y Eficiencia 81, Planungsministerium Managua, Januar 1981, S. 10.

Wir wollen mit diesem Artikel die objektiven Bedingungen der *Politik der Nationalen Einheit*, die eng mit der internationalen Allianzpolitik der FSLN verbunden ist, herausarbeiten sowie die Tragfähigkeit dieser Politik analysieren. Wesentlicher Ausgangspunkt ist dabei die Auseinandersetzung mit dem für 1981 vorgelegten Wirtschaftsplan 81, der auch eine äußerst selbstkritische Analyse der bisher erreichten Wiederaufbauerfolge enthält.

2. Zwei Jahre nationaler Wiederaufbau – eine Bilanz

Das neue Nicaragua übernahm von Somoza ein doppeltes Erbe: eine völlig desolate und zerstörte Wirtschaft sowie die strukturelle Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt.

Im Befreiungskampf und als Folge der Taktik der „verbrannten Erde“ von seiten der somozistischen Nationalgarde starben 40 000 Menschen, 80 000–100 000 wurden verletzt, 150 000 mußten aus ihren Wohnorten fliehen. Das neue Nicaragua muß 40 000 Kriegswaisen versorgen. Ein Drittel aller Industriebetriebe war zerstört worden, die Aussaat in vielen Bereichen unterblieben. Die Materialschäden betragen mindestens 480,7 Mio. Dollar, die Arbeitslosigkeit lag im Juli 1979 bei 33–40%, das Pro-Kopf-Einkommen war auf das Niveau von 1962 gefallen¹¹⁾). Hinzu kommt, daß in den Jahren unmittelbar vor dem Sturz Somozas ca. 2 Mrd. US-Dollar ins Ausland abgeflossen waren und die Auslandsschuld zum Zeitpunkt der Machtübernahme 1,6 Mrd. US-Dollar betrug, wovon allein 600 Mio. 1979 fällig waren¹²⁾.

Ebenso wie die objektiven waren auch die subjektiven Bedingungen des Neuanfangs nicht gerade einfach. Der Organisationsgrad der Bevölkerung war noch wenige Jahre vor der Revolution ausgesprochen niedrig. So soll es 1974 erst 10 400 Gewerkschaftsmitglieder in ganz Nicaragua gegeben haben: 600 in der Landwirtschaft, 1800 in der Industrie und 6000 im Baugewerbe¹³⁾). Insgesamt kann man festhalten, daß es zum Zeitpunkt der Machtübernahme in der FSLN und in den Massenorganisationen nur wenige hundert Mitglieder gab, die neben militärischen Kenntnissen auch über Erfahrungen in der politischen Massenarbeit verfügten¹⁴⁾). Wenn wir im folgenden kritisch die in den ersten zwei Jahren nach der Revolution erzielten Ergebnisse analysieren, muß man sich immer wieder diese Ausgangsvoraussetzungen vergegenwärtigen.

Der Wirtschaftsplan für 1980 sah ein deutliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (11%), die Schaffung von 90 000 Arbeitsplätzen, eine Senkung der Inflationsrate von 60 auf 19%, eine drastische Steigerung der Sozialausgaben und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln.

11) Vgl. Studie der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, Nicaragua: Antecedentes económicos del proceso revolucionario, in: „Comercio Exterior“, Vol. 29, Nr. 9, Mexiko 1979, S. 1020 ff.

12) Vgl. O. V., Perspectivas de la revolución sandinista, in: „Comercio Exterior“, ebd., S. 1103 ff.

13) Vgl. W. Cline und E. Delegado, Economic Integration in Central America, New York 1978, S. 68.

14) Die Situation Nicaraguas unterscheidet sich hier deutlich von der in El Salvador, wo die revolutionären Massenorganisationen schon vor 2 Jahren über 150 000 organisierte Mitglieder zählten, und viele Kader der revolutionären Bewegung über eine teilweise jahrzehntelange Erfahrung verfügen.

teln vor¹⁵). Diese grobmaschigen Ziele wurden, wie Planungsminister Henry Ruiz am 14. Januar 1981 vor der Presse feststellen konnte, zu 99% erfüllt¹⁶).

Eine kritische Analyse der globalen Zahlen der Planerfüllung, wie sie vom Planungsministerium selbst vorgenommen wird, deckt allerdings die Schwachstellen auf¹⁷). So wurden zwar die Produktionsziele in der Landwirtschaft weitgehend erreicht (zu 97%), aber die Industrieproduktion blieb hinter den gesteckten Zielen zurück (90%). Während die Getränke- und Tabakindustrie hohe Zuwachsraten erzielten, erreichten insbesondere die vom Plan als prioritär angesehenen Industriezweige, die Nahrungsmittel-, Textil- und Medikamentenindustrie, ihre Planziele bei weitem nicht. Die höchsten Zuwachsraten erzielte der Handel, so daß sich das 11%ige Wachstum des Bruttoinlandsproduktes aus einem 3,5%igen Wachstum der materiellen Produktion und einem 18,5%igen Wachstum im Dienstleistungsbereich ergab, eine Entwicklung, die die traditionelle Kopflastigkeit eines Entwicklungslandes wie Nicaragua in Richtung des tertiären Sektors eher verstärkt hat.

Der größte Anteil der Investitionen wurde vom Staat getragen, 3 Mrd. Cordoba. Die Investitionen des Privatsektors, 400 Mio. Cordoba, bleiben gering. (Offizieller Umtauschkurs: 10 Cordoba = 1 US-Dollar.) Der Privatsektor hat insbesondere im Bereich der Landwirtschaft die Reaktivierung voll mitgetragen, wobei allerdings eine 10%ige Vorfinanzierung von seiten des nationalisierten Finanzsystems für Saatgut, Insektizide, Düngemittel usw. erfolgte.

Empfindlich negativer als geplant entwickelten sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Während bei den Exporten nur 90% der gesetzten Ziele erreicht wurden, 470 Mio. US-Dollar, wurde für 100 Mio. US-Dollar mehr als geplant und damit für insgesamt 870 Mio. US-Dollar importiert. Gründe für diese Überschreitung des Importplanansatzes waren im wesentlichen der erhöhte Konsumgüterimport aufgrund der rascher als die Produktion wachsenden Nachfrage in Nicaragua, die steigenden Erdölpreise und der Kapitalgüterimport, der größer als geplant war, weil der Zerstörungsgrad vieler Anlagen sich als höher als erwartet herausstellte. Schloß so schon die Handelsbilanz mit einem Defizit ab, mußte Nicaragua 1980 darüber hinaus noch 163 Mio. US-Dollar für Zinszahlungen und Schuldentilgung aufbringen. Dieser Devisenabfluß konnte durch ausländische Kredite nicht aufgefangen werden, so daß die Zahlungsbilanz im letzten Jahr mit einem Defizit von 169 Mio. US-Dollar abgeschlossen hat.

Der Staatshaushalt hatte bei einem Gesamtvolumen von 6229,6 Mio. Cordoba ein Defizit von 1885,8 Mio. Cordoba. Während 1110 Mio. Cordobas dieses Defizites durch externe Finanzierung gedeckt werden konnten (Auslandskredite), mußten 775 Mio. Cordobas durch interne Verschuldung des Staates

15) Vgl. die Rede des Planungsministers Henry Ruiz im Sandinistischen Fernsehen zur Vorstellung des „Plan 80“, abgedruckt in einer Dokumentensammlung der Nicaragua-Initiative Frankfurt, Sommer 1980, S. 26 ff.

16) „Uno Mas Uno“ (mexikanische Tageszeitung) v. 15. 1. 1981.

17) Alle folgenden Angaben sind, soweit dies nicht anders vermerkt ist, dem schon zitierten „Programa Economico de Austeridad y Eficiencia 81“ entnommen.

bei der Notenbank finanziert werden, was inflationäre Tendenzen verstärkt haben könnte.

Da ein wesentliches Ziel der Revolution die Verbesserung der Lage der verelendeten und ausgebeuteten Volkmassen ist, ist eine Einschätzung der 1980 erreichten Umverteilungserfolge besonders wichtig.

In Nicaragua zählen nur 31% der Bevölkerung zum Arbeitskräftepotential, davon finden zur Zeit 82,5% eine Beschäftigung, d. h. 25,5% der nicaraguanischen Bevölkerung ernähren den Rest. Ein Drittel der Arbeitenden sind darüber hinaus unterbeschäftigt und nur 60% sind Lohnempfänger. Unmittelbaren Einfluß auf die Lebenslage der Bevölkerung haben somit nicht so sehr Lohnerhöhungen, sondern vor allem die Programme im Erziehungs- und Sozialbereich, die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Pachten, die Inflationsrate und teilweise die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Der Anteil der *Sozialausgaben* (Gesundheit und Bildung) am BIP stieg von 2,1% 1978 auf 7,2% 1980. Dahinter verbergen sich eine Vielzahl von Maßnahmen, wie die Alphabetisierungskampagne, Schaffung von Gesundheitsstationen im ländlichen Bereich, spezielle Programme für Waisenkinder, usw. Das *Beschäftigungsziel* wurde mit der Schaffung von 112 300 neuen Arbeitsplätzen zwar bei weitem übererfüllt (Senkung der Arbeitslosenrate auf 17,5%), aber von diesen neugeschaffenen Arbeitsplätzen befinden sich – entgegen der Planung, die eine Relation von 77 : 23 vorsah – nur 53% im produktiven, 47% dagegen im nichtproduktiven Bereich. Allein der Staatsapparat hat seine Beschäftigtenzahl um 40% ausgedehnt¹⁸⁾. Zur Vermeidung eines weiteren Anheizens der Inflation hat man sich bemüht, die *Lohnsteigerungen* möglichst niedrig zu halten und als Kompensation dafür den sogenannten Soziallohn durch Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Senkung der Mieten usw. zu erhöhen¹⁹⁾. Durch eine Politik der Preiskontrolle und des Verkaufs von 40% der Grundnahrungsmittel über die staatliche Organisation ENABAS zu subventionierten Preisen sowie durch einen teilweisen Lohnstopp konnte die *Inflationsrate* auf 27% gesenkt werden und deren negative Auswirkungen gerade auf die Lebenslage der ärmsten Bevölkerungsschichten teilweise abgemildert werden.

Versucht man eine zusammenfassende Beurteilung der im letzten Jahr erreichten Umverteilungserfolge, so kann man festhalten, daß die Beschäftigungs-, Sozial- und Preiskontrollpolitik sicher erheblich dazu beigetragen haben, daß der Konsum von Basisgütern im letzten Jahr um 24% gestiegen ist. Es ist aber auch festzustellen, daß der Nichtbasiskonsum um über 34% angestiegen ist, die mittleren und höheren Einkommenschichten im Konsumbereich also in gewisser Hinsicht von der Revolution bisher mehr profitiert haben. Die Ursachen hierfür dürften vor allem im gestiegenen Einkommen der Mittelschichten liegen, die in erster Linie von den enormen Gewinnspannen im Handel und von den im Bereich der staatlichen Administration geschaffe-

18) Vgl. „Inforpress“ (Informationsdienst aus Guatemala) v. 22. 1. 1981.

19) Vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum“ v. 20. 3. 1981.

nen Arbeitsplätzen profitiert haben. Darüber hinaus hat die immer noch hohe Inflationsrate teilweise die Umverteilungsmaßnahmen konterkariert. 1980 ist es also zwar gelungen, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, aber die Struktur des Wachstums hat die äußere Abhängigkeit eher vergrößert, der Staat hat teilweise „über seine Verhältnisse“ gelebt, und die Politik der sozialen und regionalen Umverteilung war nicht immer in sich konsistent.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Grundlinien der Wirtschaftsplanung für das Jahr 1981 leicht erschließen.

– Wichtigstes Ziel ist die *Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes* um real 18%, wobei sich die Struktur des Wachstum deutlich zugunsten des produktiven Sektors – plus 22,3% bei einem Zuwachs den Dienstleistungssektors um 14,6% – verschieben soll. Entscheidend ist dabei die Steigerung der *Effizienz*. Mittel hierzu sind eine bessere Kontrolle und Koordinierung des staatlichen Sektors, eine Zentralisierung der staatlichen Investitionsentscheidungen bei gleichzeitiger Entlastung des Planungsministeriums von regional zu treffenden Entscheidungen, die Kreditvergabe nur noch bei einer Eigenbeteiligung an den Produktionskosten.

– *Austeritätspolitik*: Einschränkung des Nichtbasiskonsums, Einstellungsstopp im Bereich der staatlichen Administration mit Ausnahme der Bereiche Erziehung und Soziales, keine Lohnerhöhungen im staatlichen Bereich, reale Stagnation der Sozialausgaben, größeres Gewicht im Gesundheits- und Erziehungsbereich für Maßnahmen, die durch Eigenanstrengung der betroffenen Bevölkerungsgruppen bei geringen Zuschüssen des Staates zu bewältigen sind, teilweiser Abbau der gegenwärtigen Subventionen für Grundnahrungsmittel.

– *Außenhandel*: Verringerung des Außenhandelsdefizites durch eine deutliche Steigerung der Exporte bei in realen Größen stagnierenden Importen. Diese Importeinschränkung soll durch die Substitution von Importen durch inländische Produktion, einen praktischen Importstopp für alle Güter aus dem Bereich des Nichtbasiskonsums und Energieeinsparung erreicht werden.

– *Umverteilungspolitik*: Es sind begrenzte Lohnerhöhungen vorgesehen, die aber vor allem den untersten Lohngruppen zugute kommen sollen. Die Beschäftigung soll vor allem im produktiven Bereich steigen, so daß die Arbeitslosenrate auf 13,3% gesenkt wird. Auch die Sozialpolitik soll in erster Linie den im produktiven Bereich Beschäftigten zugute kommen. Die Politik der Preiskontrolle für Grundnahrungsmittel wird auf einer der inflationären Entwicklung angepaßten Basis beibehalten. Das Steuersystem wird in Richtung einer Steigerung des Progressionsgrades der direkten Steuern ausgebaut. Die Investitionen und Staatsausgaben konzentrieren sich im ländlichen Bereich, um so dazu beizutragen, regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen.

3. Die Bedingungen und die Risiken der Allianzpolitik der FSLN

a) Außenbeziehungen Nicaraguas

Das revolutionäre Nicaragua sucht bei der Gestaltung seiner Außenbeziehungen auf politischer und ökonomischer Ebene weitgehend die breite internationale Unterstützungsfront, die sich unmittelbar nach dem Sieg der Revolution bildete, zu festigen. Dafür dürften zwei Grundüberlegungen maßgeblich sein. Einmal kann sich Nicaragua nicht in kürzester Frist aus der in Jahrzehnten gewachsenen internationalen Arbeitsteilung herauslösen. Es wird vielmehr noch jahrelang auf die Exporterlöse aus landwirtschaftlicher Produktion angewiesen sein, um die für die eigene Industrialisierung benötigten Kapitalgüter zu importieren. Zum anderen muß Nicaragua daran gelegen sein, den revolutionären Umgestaltungsprozeß soweit wie möglich gegenüber der zunehmenden Bedrohung durch die USA abzusichern. Nicaragua hatte somit direkt nach dem Sturz von Somoza praktisch keine andere Wahl, als die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zunächst beizubehalten, trotz der damit verbundenen Nachteile, wie der Anerkennung der Schulden des Somoza-Regimes, die Beibehaltung gewachsener Abhängigkeiten, der strukturellen Benachteiligung als Entwicklungsland²⁰⁾.

Aber analysieren wir den Komplex der Außenbeziehungen auf zwei Ebenen, der politisch-militärischen und der ökonomischen, ausführlicher.

Von einer Politik des Abwartens, kombiniert mit relativ sanftem ökonomischem Druck, ist die US-Administration unter Reagan zu einer Politik der offenen und massiven politischen, militärischen und ökonomischen Bedrohung Nicaraguas übergegangen. Mit der Schaffung einer speziellen Eingreiftruppe und dem Abhalten großer Flottenmanöver im karibischen Raum versuchen die USA ganz offen, Nicaragua, Kuba und Grenada sowie die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika unter Druck zu setzen. Ergänzt wird diese Kanonenbootpolitik durch die Ausbildung von Ex-Nationalgardisten zu konterrevolutionären Guerilleros auf US-amerikanischem Territorium in Miami. Honduras, von dessen Territorium aus permanent Überfälle von somozistischen Banden auf Nicaragua verübt werden, die schon hunderte Tote gefordert haben²¹⁾, wird von den USA politisch, wirtschaftlich und militärisch massiv unterstützt. Insgesamt verfügen die USA über ein breit gefächertes Instrumentarium, um den Druck auf das revolutionäre Nicaragua weiter zu verstärken. Dies reicht vom Anheizen der wirtschaftlich schwierigen Situation – Kredit Sperre, Wirtschaftsboykott – über die Unterstützung lokaler bewaffneter Aktionen, der Provozierung eines regionalen Krieges, der Invasion von Söldnertruppen bis zum Einsatz von Marineinfanteristen unter zu schaffenden Vor-

20) Die Orientierung auf die sozialistischen Länder war und ist zumindest mittelfristig keine Alternative. Abgesehen von der Frage, inwieweit die sozialistischen Länder überhaupt in der Lage gewesen wären, in ausreichendem Maße als Kreditgeber und Abnehmer der nicaraguanischen Produkte in die Bresche zu springen, wäre eine solche Umstellung mit erheblichen Friktionen verbunden, würde von der Bevölkerungsmehrheit zur Zeit nicht nachvollzogen und hätte Nicaragua angesichts der Bedrohung durch den US-Imperialismus um viele bündnispolitische Möglichkeiten gebracht.

21) Vgl. „El Pais“ v. 31. 1. 1981.

wänden. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten der USA durch das veränderte nationale und internationale Kräfteverhältnis begrenzt. So dürften das sandinistische Volksheer, das mittlerweile mehrere zehntausend Mann umfaßt, und die Volksmilizen, in denen schon jetzt mehr als 150 000 Nicaraguaner organisiert sind, es einem potentiellen Angreifer nicht leicht machen²²⁾. International sind die USA in ihrer Politik gegenüber Nicaragua außerdem weitgehend isoliert. Bezüglich der gegenüber Nicaragua einzuschlagenden Politik gibt es unter den NATO-Ländern tiefgreifende Differenzen und insbesondere Länder wie die Bundesrepublik und Kanada scheinen gewillt, ihre Politik der Unterstützung Nicaraguas fortzusetzen²³⁾. Selbst Länder wie Chile verurteilen die neueste US-Pression gegen Nicaragua, den Stopp der Kredite für Weizenlieferungen²⁴⁾.

Insgesamt kann man festhalten, daß die sich auf nationaler und internationaler Ebene wechselseitig bedingende Allianzpolitik der FSLN sich gerade angesichts der jüngsten Bedrohung durch die USA bewährt.

Auf dem Feld der Außenwirtschaftsbeziehungen fällt es schwerer, eine eindeutig positive Bilanz zu ziehen. Auch wenn eine revolutionäre Regierung in der Lage ist, bestimmte negative Aspekte der Integration eines Entwicklungslandes in den kapitalistischen Weltmarkt nicht zum Tragen kommen zu lassen – z. B. durch die Unterbindung des Importes von Luxusgütern oder die sinnvolle Verwendung von Exporterlösen –, bleiben die grundlegenden Strukturdefekte der ungleichen weltweiten Arbeitsteilung doch bestehen. Während der Handel mit Nicaragua für die USA von vernachlässigbarer Bedeutung ist, sind die USA für Nicaragua nach wie vor der wichtigste Wirtschaftspartner. 60% der Importe kommen aus den USA, 17% der Exporte gehen dorthin. Die Wirtschaftsblockade bleibt so eine reale Möglichkeit für die USA, um Nicaragua zu erpressen²⁵⁾.

Voraussetzung für die Erlangung neuer Kredite bei den westlichen Industrieländern und internationalen Institutionen war für Nicaragua die Anerkennung der Schulden des Somoza-Regimes. Die Neuverschuldung birgt darüber hinaus folgende weitere Risiken:

– von seiten vieler Kreditgeber wird die Kreditvergabe mehr oder weniger mit einer Einflußnahme auf die Innenpolitik Nicaraguas verknüpft²⁶⁾. Wenn die nicaraguanische Regierung auch keine dieser Bedingungen akzeptiert hat, so ist doch unverkennbar, daß das Fortbestehen eines starken Privatsektors die Erlangung eines relativ großen Kreditvolumens aus dem Ausland, 668 Mio. US-Dollar 1980, mit ermöglicht hat²⁷⁾.

22) „El País“ v. 31. 1. 1981.

23) Vgl. „Barricada“ v. 21. 8. 1981.

24) Das Aktionskomitee für die Rekonstruktion Nicaraguas CARN-SELA, in dem u. a. Länder wie Argentinien, Brasilien, Kuba, Chile, Ekuador, Mexiko und Venezuela zusammengeschlossen sind, hat den Stopp der Weizenfinanzierung einmütig als wirtschaftliche Aggression verurteilt; siehe „Barricada“ v. 2. 3. 1981.

25) Vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum“ v. 20. 3. 1981.

26) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 28. 12. 1979.

27) Vgl. „El Día“ v. 26. 1. 1981.

– Gewährte oder versprochene Kredite können dazu benutzt werden, unmittelbar wirtschaftlichen Druck auszuüben. Beispiel ist die jüngste Politik der USA, die die Auszahlung eines vertraglich schon vereinbarten Kredites von 15 Mio. US-Dollar verweigern, die baldige Rückzahlung eines 60-Mio.-Dollar-Kredites unter politischen Vorwänden verlangen und darüber hinaus – obwohl schon zugesagt – 15 Mio. Dollar für den Ankauf von Weizen und 60 Mio. Dollar Kredit für den nationalen Wiederaufbau nicht bereitstellen werden²⁸⁾.

– Ein Großteil der Exporterlöse, 1981 waren es 28%, muß allein für den Schuldendienst oder Zinszahlungen verwandt werden. Gelingt es Nicaragua nicht, seine Zahlungsbilanz in den nächsten Jahren deutlich zu verbessern, gerät es zunehmend in Gefahr, bei Verhandlungen um Kredite zum Zahlungsbilanzausgleich von internationalen Finanzinstitutionen Bedingungen gestellt zu bekommen, die z. B. auf eine totale Revidierung der angestrebten Umverteilungspolitik hinauslaufen und so dazu beitragen können, das revolutionäre Projekt zu Fall zu bringen. Es sei in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen Jamaikas und Perus erinnert.

Die gegenwärtige weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – die einen exportieren Industriegüter, die anderen Primärprodukte – hat für die Entwicklungsländer die bekannten strukturellen Nachteile:

– Die Exporterlöse der meisten Primärprodukte sind starken Schwankungen ausgesetzt, was eine stabile Haushalts- und Investitionsplanung unmöglich macht. So verliert Nicaragua allein durch das Sinken des Kaffeepreises von 180 Dollar pro Quintal auf 115–120 Dollar pro Quintal im Zeitraum von 1980–81 ca. 80 Mio. US-Dollar an Exporteinnahmen, dies macht fast ein Sechstel der gesamten erwarteten Exporteinnahmen des Jahres 1981 aus²⁹⁾.

– Nimmt man die erdölexportierenden Länder aus, verschlechterten sich die realen Austauschrelationen für die Entwicklungsländer, über einen mittleren Zeitraum gesehen, ständig. Für Nicaragua bedeutet dies, daß sich 1981 die durchschnittlichen Importpreise um ca. 15% erhöhen, während die durchschnittlichen Exportpreise praktisch nicht steigen³⁰⁾.

– Hinzu kommt, daß die außerordentlich gestiegenen Erdölpreise die Zahlungsbilanz der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer stark belasten. Schon 1981 wird Nicaragua 37,6% seiner Exporterlöse ausschließlich für die Ausfuhr von Erdöl ausgeben müssen, und dieser Anteil wird aller Voraussicht nach steigen³¹⁾.

Zieht man ein Fazit, so kann man sagen, daß die wirtschaftliche Außenpolitik des neuen Nicaragua durchaus eine Reihe von Anfangserfolgen vorzuweisen hat. So sind bei den Umschuldungsverhandlungen günstige Konditionen – z. B. bei 582 Mio. US-Dollar 5 Jahre völliger Rückzahlungsaufschub, Rück-

28) Vgl. „Die Neue“ v. 11. 4. 1981 u. „Inforpress“ v. 19. 2. 1981.

29) Vgl. Interview mit Sergio Ramirez in „El Día“ v. 15. 2. 1981.

30) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 9.

31) Ebenda.

zahlung in 40 Jahren zu niedrigen Zinssätzen³²⁾ – erreicht worden. Nicaragua hat außerdem in den letzten Jahren bedeutende Kreditzusagen und 180 Mio. Dollar Schenkungen erhalten³³⁾. Nichtsdestotrotz wird Nicaragua in der Zukunft nicht mehr in dem Maße auf äußere Ressourcen zur Finanzierung des Haushaltes zurückgreifen können, will es sich nicht in eine neue Abhängigkeit begeben, die die Realisierung einer eigenständigen Innenpolitik praktisch unmöglich macht. Verschärfend auf die Zahlungsbilanzsituation werden sich darüber hinaus die steigenden Erdölpreise, der Kaffeepreisverfall, der weitgehende Ausfall des mittelamerikanischen Exportmarktes durch die Krisen in El Salvador und Guatemala sowie die Kreditsperre durch die USA auswirken³⁴⁾.

Die künftige Entwicklung der außenwirtschaftlichen Situation wird insbesondere von folgenden Faktoren abhängen:

- Inwieweit es gelingt, die aggressive ökonomische Politik der USA zu stoppen oder zumindestens zu neutralisieren und einen Wirtschaftsboykott zu verhindern.
- Inwieweit es gelingt, die außenwirtschaftlichen Beziehungen, vor allem auch die Handelsbeziehungen zu diversifizieren, neue Märkte zu erschließen und neue Kreditgeber zu finden.
- Inwieweit es gelingt, einen Anstieg des äußeren Verschuldungsgrades zu vermeiden. Dies wird nicht zuletzt von der Stabilität der innenpolitischen Entwicklung und auch der Spar- und Opferbereitschaft der Bevölkerung abhängen.
- Inwieweit es im Rahmen der Diskussion um eine Neue Weltwirtschaftsordnung gelingt, eine dauerhafte Erlösstabilisierung für die Primärgüterexporte von Entwicklungsländern und ebenso eine Lieferung von Erdöl zu Vorzugspreisen für die ärmsten Entwicklungsländer durchzusetzen.
- Inwieweit die Bereitschaft von Institutionen und Gruppen anhält, bestimmte Projekte des neuen Nicaragua weiterhin mit Zuschüssen oder praktisch unverzinslichen Krediten zu unterstützen.

b) Die Bündnispolitik der FSLN auf nationaler Ebene

Neben den historischen Traditionen des Befreiungskampfes, den genannten Notwendigkeiten internationaler Bündnispolitik gegen die amerikanische Bedrohung und der programmatischen Festlegung der sandinistischen Revolution auf den politischen Pluralismus³⁵⁾ dürften für die *Politik der Nationalen Einheit* der FSLN die folgenden zwei Überlegungen maßgebend sein. Angesichts der weitgehenden Zerstörung Nicaraguas nach dem Befreiungskrieg, der minimalen Anzahl sandinistisch eingestellter Fachleute und des Fehlens jeglicher Planungsinfrastruktur war und ist der Rückgriff auf das „Know how“ der Bourgeoisie und auf die „freien Kräfte des Marktes“ – bei entsprechender

32) „Inforpress“ v. 5. 2. 1981.

33) Vgl. „El Día“ v. 26. 1. 1981.

34) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 161.

35) Vgl. Sergio Ramirez, Interview in „El Día“ v. 15. 2. 1981.

Kontrolle – die einzige Möglichkeit, eine einigermaßen reibungslose Versorgung der Bevölkerung wiederherzustellen.³⁶⁾ Zum anderen erfordert die ökonomische und politische Stabilisierung des nicaraguanischen Projektes die Herstellung einer dauerhaften Allianz zwischen Arbeitern, Bauern und marginalisierten Bevölkerungsschichten auf der einen und den Mittelschichten – mittlere und kleine Produzenten, Fachleute – auf der anderen Seite, d. h. eine Politik, die diese Schichten behutsam aus dem Einflußbereich der Großbourgeoisie loslöst und sie dieser nicht in die Arme treibt.

Die Grundidee des Konzeptes der Nationalen Einheit, daß die Bourgeoisie zu einem Wiederaufbau des Landes beitragen soll, der die bisher ausgebeuteten und verelendeten Schichten materiell begünstigt und politisch stärkt, ist in sich widersprüchlich. Dies wird auch von führenden Sandinisten so gesehen³⁷⁾. Wir wollen im Folgenden analysieren, wie diese Widersprüchlichkeit im Bereich der materiellen Produktion und in den ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zum Tragen kommt.

Der erreichte Grad der Reaktivierung der Wirtschaft, der trotz aller Struktur­mängel (s. o.) und von einer katastrophalen Ausgangslage aus immerhin die Versorgung der Bevölkerung gesichert und stabilisiert hat, wurde nur durch die breite Beteiligung des Privatsektors am Wiederaufbau möglich³⁸⁾. Dies ist zu beachten, wenn man sich die negativen Folgen der Tatsache ansieht, daß die Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über einen Großteil der Produktionsmittel und der Vermarktungskanäle behalten hat. Der Privatsektor hat praktisch kaum investiert, die Produktion wurde (wie oben ausgeführt) weitgehend vom Staat vorfinanziert³⁹⁾. Die relativ hohen Gewinne flossen, da auch die Spartätigkeit zurückging, in den Konsum von legal oder über den Schwarzmarkt importierten Luxuskonsumgütern. Die Kapitalflucht über den Schwarzmarkt und durch die Überfakturierung von Importen und Unterfakturierung von Exporten usw. hat nach Schätzungen ca. 250 Mio. Dollar betragen⁴⁰⁾. Die extrem hohen Gewinnspannen im sowohl durch den Staat als auch durch die Massenorganisationen schwer kontrollierbaren Handelssektor, sie betrogen teilweise über 100%, haben dazu beigetragen, daß die Inflationsrate nicht wie geplant auf 19% gesenkt werden konnte⁴¹⁾. Um diese negativen Effekte in Zukunft besser eingrenzen zu können, sieht der Plan 81 u. a. den totalen Stopp des Imports von Konsumgütern, die über die Deckung des Grundbedarfs hinausgehen, die Knüpfung der Kreditfinanzierung an eine spürbare Eigenbeteiligung des Privatsektors, eine weitere Entwicklung des Systems der Preiskontrollen, die Steigerung des Progressionsgrades der direkten Einkommenssteuer und eine Erhöhung der Effektivität der Steuererhebung vor.

36) Vgl. Thomas Borge, Die sandinistische Revolution – eine wahre Volksrevolution, in: AIB, 10/1980, S. 35.

37) Vgl. Sergio Ramirez, Interview in „El Día“ v. 15. 2. 1981.

38) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 32.

39) Die folgenden Angaben sind – soweit nicht anders nachgewiesen – dem „Programa Economico“ entnommen.

40) Vgl. „Inforpress“ v. 15. 1. 1981 u. „Lateinamerika-Nachrichten“, 85/1980, S. 68.

41) Diese Angaben erhielten die Autoren in einem Gespräch mit Mitarbeitern des Planungsministeriums in Managua im November 1980.

Der Privatsektor wird zudem aufgefordert, seine Investitionstätigkeit deutlich zu steigern (um 45%) und mehr Geld für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auszugeben. Der Schwarzmarkt bleibt als Ventil erhalten, „soweit er mit Moderation und nur zum Zwecke des Importes von Luxuskonsumgütern ausgenutzt wird“.

Insgesamt bedeuten diese Maßnahmen eine weitere Einschränkung des ohnehin engen wirtschaftlichen Gestaltungsspielraumes der Bourgeoisie. Auf der anderen Seite garantiert der Staat weitgehend das Privateigentum z. B. gegenüber den Ansprüchen von landlosen Bauern, wirkt mäßigend auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften ein und ist bereit, den Unternehmen über Produktionsabkommen, die eine Festlegung von Preisen, Steuern, Investitionen, Löhnen usw. beinhalten, eine langfristig stabile und normale Durchschnittsrendite zu garantieren.

Wenn es der FSLN gelingt, die Politik der Zusammenarbeit mit einem bedeutenden Teil der Bourgeoisie unter diesen Rahmenbedingungen durchzusetzen, dann können die anspruchsvollen Produktionsziele für 1981 als realistisch bezeichnet werden. Und nur bei einer solchen Produktionssteigerung ist eine schrittweise Erreichung der von der FSLN gesetzten Ziele – Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes bei gleichzeitiger Stärkung der nationalen Unabhängigkeit – möglich.

Auf der ideologischen Ebene stellt die Politik der Nationalen Einheit die FSLN vor komplizierte Probleme in der Bildungs- und Propagandaarbeit. So ist den Arbeitern zu vermitteln, daß man sich gegenüber der „patriotischen Bourgeoisie“ mit Lohn- und Enteignungsforderungen zurückhalten soll. So sind viele Landarbeiter und landlose Bauern, die zuverlässigste Basis der FSLN in dem langandauernden Befreiungskampf, davon zu überzeugen, daß sie trotz der nach wie vor existierenden ungerechten Landverteilung von Landbesetzungen absehen sollen⁴²). So muß die Regierung bei der Bevölkerung um Verständnis für ihre Austeritätspolitik werben, die viele mit der Revolution verbundene Erwartungen enttäuscht, während extrem große Unterschiede bei der Einkommensverteilung bestehen bleiben.

Allerdings hängt die Unterstützung eines nicht geringen Teils der Bevölkerung für die Politik der Regierung auch entscheidend von der Entwicklung der Versorgungslage mit ab, die sich nach dem Sturz Somozas nicht so günstig entwickelt hätte, wenn das nicaraguanische Modell nicht von einer relativen politischen Stabilität gekennzeichnet gewesen wäre. Ebenso hat die bisherige Politik eine weitgehende Anbindung der kleinen und mittleren Produzenten sowie der Akademiker an die Revolution ermöglicht⁴³). Den negativen ideologischen Effekten der Allianzpolitik muß die FSLN durch eine Qualifi-

42) Noch heute bewirtschaftet die Hälfte aller Bauern Nicaraguas etwa 3,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während 0,6% der Produzenten ein Drittel davon besitzt (vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum“ v. 20. 3. 1981).

43) Vgl. „Inforpress“ v. 30. 12. 1980.

zierung der Schulungs- und Bildungsarbeit vor allem in den Massenorganisationen entgegenwirken⁴⁴⁾.

Konnten wir weiter oben feststellen, daß sich der Privatsektor weitgehend an der Reaktivierung der Produktion beteiligt hat, so gehen auf der politischen Ebene bedeutende Teile der Bourgeoisie, die anfangs die revolutionäre Regierung noch mitgetragen haben, zu einem immer eindeutigeren Konfrontationskurs über. Sie stellen die sandinistische Staatsmacht z. B. mit der Forderung nach Aufhebung des sandinistischen Charakters der bewaffneten Organe offen in Frage und verlangen eine Aufhebung zahlreicher Regulierungsmechanismen, die sich der Staatsapparat geschaffen hat. Manifest wurde dieser Konfrontationskurs mit dem Rücktritt von Alfonso Robelo, Vorsitzender der MDN, aus der Revolutionsjunta im Mai 1980, dem Rückzug des Unternehmerverbandes COSEP aus dem Staatsrat im November 1980⁴⁵⁾ und der von Mitgliedern der Christlichen Sozialen Partei und dem Vorsitzenden der nicaraguensischen „Menschenrechtskommission“ Conzales gestarteten internationalen Kampagne gegen die angeblichen Verletzungen der Menschenrechte in Nicaragua⁴⁶⁾. Auch die von bürgerlichen Kräften kontrollierten Medien greifen die sandinistische Revolution zunehmend schärfer an. So nutzt die „Prensa“ nicht ungeschickt jeden Anlaß aus, um in der Bevölkerung Unzufriedenheit mit der Grundlinie der Regierung zu wecken, sei es, indem sie streikende Arbeiter unterstützt, die die Politik der Lohnzurückhaltung nicht akzeptieren wollen, sei es, indem sie die Spekulation über tatsächliche oder angebliche Knappheit von einzelnen Lebensmitteln mit anheizt und dadurch oft erst Knappheitssituationen erzeugt, sei es, indem sie gegen häufige Verkehrskontrollen der Polizei polemisiert⁴⁷⁾. Sie kann sich dabei auf eine Auflage stützen, die mit 66 000 Exemplaren wesentlich größer ist als die Auflage der „Barricada“, des offiziellen Organs der FSLN, die von 18 000 be trägt⁴⁸⁾. Die Ursachen für diese Auflagenunterschiede dürften nicht nur in historisch herausgebildeten Lesegewohnheiten zu suchen sein, sondern auch in der Tatsache, daß es der „Barricada“ noch nicht genügend gelungen ist, auch Mißstände und die Unzufriedenheit einzelner Bevölkerungsteile mit der einen oder anderen Maßnahme der Revolution in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Die FSLN zeigt sich gegenüber dem verschärften Kurs des Privatsektors flexibel. Bei einem entschiedenen Vorgehen gegen offen konterrevolutionäre Tätigkeit, wie der Unterstützung bewaffneter Banden und der bewußten Verbreitung von Falschinformationen über die Versorgungslage oder die Situa-

44) Thomas Borge, Ha lIegeda . . . , a.a.O., S. 2.

45) Die Funktionäre des COSEP sind oft personell nicht identisch mit den Unternehmern, denen die großen Latifundien und die großen Industrieunternehmen gehören.

46) Conzales, dessen Menschenrechtskommission international nicht anerkannt wird und dessen Angaben auch von Amnesty International bestritten werden, mußte seine verleumderischen Aussagen zum Teil selbst widerrufen; vgl. „Nicaragua-Nachrichten“, 3/1981.

47) Berichte dieser Art erschienen nach den Erfahrungen der Autoren im November/Dezember 1980 täglich.

48) Vgl. „Lateinamerika-Nachrichten“, 90/1981.

tion der Menschenrechte in Nicaragua, und einer offensiven Verteidigung und Konsolidierung der sandinistischen Staatsmacht, schließt sie in anderen Fragen immer wieder Kompromisse mit den Unternehmerverbänden.

Dabei scheint der verstärkte ökonomische Druck der USA auf Nicaragua innenpolitisch nicht unbedingt konterrevolutionäre Strömungen zu stärken, sondern vielmehr der FSLN die Chance zu bieten, ihr Regierungsprojekt in Anknüpfung an die Traditionen des antiimperialistischen Befreiungskampfes wieder auf eine politisch breitere Basis zu stellen⁴⁹⁾.

Fazit

Beurteilt man zusammenfassend, unter Berücksichtigung der außen- und der innenpolitischen Aspekte, die Resultate der Politik der Nationalen Einheit, so kann man sagen, daß diese Politik trotz der ihr inhärenten Widersprüche eine Konsolidierung der nicaraguensischen Revolution ermöglicht hat. Dies läßt es als plausibel erscheinen, daß die FSLN versuchen wird, diese Politik mittelfristig fortzusetzen.

Inwieweit die Bourgeoisie die Konsolidierung des neuen Nicaragua weiter mittragen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der weiteren Entwicklung der Revolution in Zukunft so gestalten, daß es wesentlichen Teilen der Bourgeoisie vorteilhafter erscheint, den verbleibenden ökonomischen Spielraum für die Realisierung von Gewinnen zu nutzen als sich in das Abenteuer der Konterrevolution und des Verlustes des eigenen Besitzes einzulassen. Eine weitere Verschärfung der US-Politik gegenüber Nicaragua muß dabei nicht unbedingt eine Radikalisierung der Politik der FSLN gegenüber der Bourgeoisie zur Folge haben, sondern kann auch zu einer innenpolitischen Konsolidierung des jetzigen Projektes beitragen.

49) So hat sich z. B. auch Alfonso Robelo kritisch über die Streichung der US-Weizenkredite geäußert („Inforpress“ v. 19. 2. 1981). Darüber hinaus führt die FSLN auf der Basis einer breiten Massenkampagne („Brief der Würde“ von 1 Million Nicaraguanern an den US-Präsidenten) erneut Gespräche mit dem Unternehmerverband, um gemeinsam zu klären, wie der ökonomischen Aggression begegnet werden kann; (vgl. Romero Rey in der „Frankfurter Rundschau“ v. 13. 4. 1981.)